

## RECHENSCHAFTSBERICHT VORGESTELLT: „Wir sind stolz auf gute Arbeit“

Die KPÖ zieht vor der Wahl Bilanz über ihre Arbeit in den vergangenen fünf Jahren: 400 Initiativen im Gemeinderat, Verkauf der Gemeindebauten verhindert, knapp 1000 Gemeindegewohnungen saniert, durch große Teile des Politeinkommens der Stadträtinnen konnte hunderten Grazerinnen und Grazern in akuten Notlagen geholfen werden.

Die KPÖ ist zum sozialen Gewissen in der Stadtregierung geworden, hat sich konsequent für Benachteiligte und gegen Ungerechtigkeiten eingesetzt. Offensiven im öffentlichen Wohnbau, tolle Kinderspielplätze, der neue Winterdienst, der Einsatz für den Altstadtschutz und das Eintreten gegen Politikerprivilegien sind einige Beispiele.

„Die Wählerinnen und Wähler haben ein Recht darauf, zu erfahren, was wir in Gemeinderat und Stadtregierung gemacht haben“, sagt Wohnungsstadträtin Elke Kahr. Herausstechend aus allen wichtigen Initiativen ist das KPÖ-Motto „Geben statt nehmen“.

Die Stadträtinnen der KPÖ

### Die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte der KPÖ Graz



Klubobmann  
Sepp Schmalhardt



Stv. Klubobfrau  
Ina Bergmann



Gemeinderat  
Johann Slamanig



Gemeinderätin  
Gerti Schloffer



Gemeinderätin  
Uli Taberhofer



Gemeinderat  
Andreas Fabisch



Gemeinderätin  
Kirsten Felbinger



Gemeinderat  
Georg Fuchs



Gemeinderätin  
Lisbeth Zeiler



Gemeinderat  
Hubert Reiter



Gemeinderätin  
Christine Schönberg



zahlen 2/3 ihres Gehaltes in einen Sozialfonds ein, der in Not geratenen Grazerinnen und Grazern zugute kommt.

580.000 Euro wurden so seit 1998 durch Ernest Kaltenegger, Elke Kahr und Wilfriede Monogioudis für Miet- Strom- und Heizzuschüsse, Anschaffungen von wichtigen Haushaltsgeräten, Lebensmitteln, Kauttionen, Kinderbekleidung und vielem mehr für Menschen verwendet, die es dringend brauchten.

### Nützliche Kontrolle

Die Stadt musste mit einigen Skandalen fertig werden. „Wir haben bei allen Fällen, ob InIn, Ökoprotit, Kommod-Haus unbeirrt unsere Kontrollfunktion ausgeübt. Auf unsere Initiative hin wurden städtische Gesellschaften und deren Geschäftsführer überprüft und einen Entwurf für ein neues

Altstadtschutzgesetz gäbe es nicht ohne unser energisches Drängen“, so KPÖ-Klubobmann Josef Schmalhardt.

Ebenso konsequent war die KPÖ im Gemeinderat gegen Verschwendungspolitik und Politikerprivilegien. Die Politik muss mit gutem Beispiel vorangehen: So fordert sie seit mehr als zwei Gemeinderatsperioden die Reduzierung der Stadtsenatsmitglieder von neun auf sieben und der Anzahl der Beschäftigten in den politischen Büros.

### Günstigere Mieten

Auf das städtische Wohnungsamt kann die Stadt Graz sehr stolz sein. Es ist vor allem ein Amt das für die Leute da ist. Für die Gemeindemieten ist viel geschehen: Umfassende Sanierung, Einbau von Nasszellen und Heizungsanlagen.

Wenn die Sanierungen im

gleichen Tempo weitergehen, haben wir im Jahr 2010 bei städtischen Wohnungen keinen Substandard mehr. Außerdem konnten die Mieten gesenkt werden – sie liegen rund 43% unter dem Mietenniveau am privaten Wohnungsmarkt in Graz, betont die Wohnungsstadträtin.

Gesundheitsstadträtin Wilfriede Monogioudis freut sich über neue Spielplätze, den Erhalt dreier „Noppelbäder“ (Bäder für Kinder an öffentlichen Orten), den differenzierten Winterdienst ohne Splittstreuung oder die „genteknikfreie Stadt“.

Elke Kahr: „Großmanns-sucht, Prestigeprojekte und Privilegienpolitik waren mit uns nicht zu machen. Hingegen haben wir ständig darauf gedrängt, dass der Einfluss der öffentlichen Hand erhalten wird und das der soziale Zusammenhalt in unserer Stadt gewahrt bleibt.“

In knapp 400 Initiativen haben wir dazu im Gemeinderat Stellung bezogen. Beispiele dafür: Senkung der Eintrittspreise bei den Bädern, Einführung eines Sozialpasses, Ankauf der Kasernengrundstücke. Wichtig ist uns aber vor allem die Hilfe und Unterstützung von Bürgerinitiativen.

Der Rechenschaftsbericht der Grazer KPÖ kann telefonisch unter der Nummer 71 24 79 angefordert werden.



Die Grazer KPÖ wählte Wohnungsstadträtin Elke Kahr mit 100 Prozent der gültigen Stimmen zur Spitzenkandidatin bei der Gemeinderatswahl am 20. Jänner 2008. Landtagsklubobmann Ernest Kaltenegger gratulierte: „Wir werden uns in Stadt und Land nicht am Hick-Hack der Parteien beteiligen, sondern Lösungen für die Menschen suchen, denen es nicht so gut geht.“

## FAIRNESS FÜR ALLE

Die Grazer KPÖ verbindet die grundsätzliche Kritik an den Zuständen in Graz mit sachlichem Auftreten. Deshalb ist es selbstverständlich, dass sie dem Fairnessabkommen für den Grazer Wahlkampf beigetreten ist.

So etwas gab es auch beim Landtagswahlkampf 2005, aber dieses Abkommen wurde damals von der ÖVP durch massive Angriffe auf Ernest Kaltenegger gebrochen. Es wäre sehr schlecht, wenn die ÖVP diese Vorgangsweise jetzt in Graz mit Tricksereien gegen andere Parteien wiederholen wollte.

Das Eintreten der KPÖ gegen Politikerprivilegien, für soziale Gerechtigkeit und für das öffentliche Eigentum steht im Gegensatz zur herrschenden Politik. Sie bleibt aber immer fair und sachlich weil sie auf ihre gute Arbeit im Rathaus verweisen kann.

